Licht ins Dunkel der Parteifinanzen

Die Transparenzinitiative fordert offene Karten in der Politik. *Keystone*

INITIATIVE Parteien und Komitees sollen offenlegen, von wem sie Geld bekommen. Das fordert die gestern eingereichte Transparenzinitiative – gegen den Widerstand von Bundesrat und Parlament.

Die Schweiz ist eine Bananenrepublik. Diesen Eindruck hinterlassen zumindest die Evaluationsberichte der Staatengruppe des Europarates gegen Korruption (Greco). Darin wird die Schweiz regelmässig öffentlich für ihre undurchsichtige Parteienfinanzierung gerügt – zuletzt in diesem Sommer: Weil die Transparenzempfehlungen der Greco nach wie vor nicht umgesetzt sind, erhielt die Schweiz aus Strassburg erneut die Note «gesamthaft ungenügend». «Mit Bedauern» konstatierte die Greco in dem Bericht, dass Bundesrat und Parlament weiterhin nicht vorwärtsmachen wollen.

Das sehen hierzulande vorab SP, Grüne, BDP, EVP und Piratenpartei ähnlich. Darum bringen sie das heikle Thema nun vors Volk, das sich in Umfragen wiederholt für mehr Licht ins Dunkel der Parteifinanzen aussprach. Mit 110 000 Unterschriften haben sie gestern die Initiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» eingereicht.

Es sei höchste Zeit, dass sich das Stimmvolk endlich dazu äussern könne, sagte die Berner SP-Nationalrätin Nadine Masshardt: «Wir wollen, dass mit offenen Karten gespielt wird.» Konkret: Grosse Beträge dürfen gemäss Initiative nicht mehr anonym gespendet werden. Parteien sollen ihre Rechnung und die Herkunft aller Spenden über 10 000 Franken offenlegen. Zudem sollen höhere Aufwendungen und Spenden für Abstimmungs- und Wahlkampagnen deklariert werden.

Grosso modo nehme die Transparenzinitiative damit die Forderungen des Europarats auf, urteilt die Greco. Sie hoffe darum sehr, dass das Begehren «von den zuständigen Behörden unterstützt wird». Das ist indes nicht der Fall. Die Schweiz ist zwar selbst Greco-Mitglied und hat die Konvention des Europarates zur Korruptionsbekämpfung bei der Politikfinanzierung 2005 übernommen. Dennoch verweigert sie es bis heute, entsprechende Regeln zu erlassen – eine Ausnahme in Europa.

Indirekte Parteienförderung

Zahlreiche Vorstösse, die darauf abzielten, die Geldströme offenzulegen, sind im Parlament gescheitert. Und auch der Bundesrat sieht keinen Handlungsbedarf. Er beruft sich dabei auf das stets gleiche Hauptargument der Geheimniskrämer: Weil hiesige Parteien – anders als im Ausland – nicht direkt vom Staat unterstützt, sondern allein von der Zivilgesellschaft getragen würden, sei auch deren Finanzierung strikte Privatsache.

Die beiden Politologen Claudio Kuster und Lukas Leuzinger halten das für «heuchlerisch». Denn indirekt fliesse durchaus öffentliches Geld an die Parteien, wie die zwei jüngst in ihrem Politblog nachwiesen – und zwar über Fraktions- und Mandatsbeiträge, Steuerabzüge für Zuwendungen an Parteien, Zahlungen an Jungparteien, Rückerstattung von Wahlkampfkosten und Beiträge an die Wahlwerbung. Auf insgesamt 20 Millionen Franken schätzen die beiden Politologen den Wert der staatlichen Fördermassnahmen. *pem*